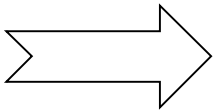


KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Kölner Flüchtlingsrat e.V. – Kartäusergasse 9-11 – 50678 Köln

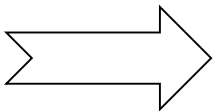
Presseerklärung zum Weltflüchtlingstag am 20.06.2015

Fast 25.000 Tote im Mittelmeer – seit dem Jahr 2000. Von den weltweit fast 60 Millionen von UNHCR für das Jahr 2014 identifizierten Flüchtlingen schafften weniger als 1 (ein!) Prozent in Weg in die EU, um hier Schutz zu suchen. Die 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete EU verfolgt eine menschenverachtende, auf Abschottung setzende und mörderische Flüchtlingspolitik.



Lassen wir uns nicht durch Slogans der Innenpolitiker/innen verblenden: die immer wieder beschworenen Prinzipien „*Solidarität und Verantwortung*“ sind angesichts der Not von Schutzbedürftigen einfach nur zynisch.

In Deutschland setzt sich die im vergangenen Jahr forcierte gesetzliche Selektion in "gute" und "schlechte" Flüchtlinge unbeirrt fort. Die kommende Novellierung des Ausländerrechts dient genau dieser Klasseneinteilung. Uns wird suggeriert, dass Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten bei uns nichts zu suchen hätten, vor allem keinen Schutz.



Lassen wir uns nicht durch Slogans der Innenpolitiker/innen verblenden: Insbesondere Minderheiten aus den sog. „sicheren Herkunftsländern“ werden dort oftmals diskriminiert und ausgegrenzt und haben dort keine Lebensperspektive, keine Existenzsicherung und – wenn überhaupt – nur einen mangelhaften Zugang zum Gesundheitssystem.

In Köln gibt es weiterhin keinen Masterplan für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge leben in größtenteils unzumutbaren Verhältnissen, ohne dass ihr Schutzbedarf und ihre individuellen Bedürfnisse festgestellt – geschweige denn erfüllt – werden. Und auch das Wohl der Kinder wird weder systematisch festgestellt noch bei allen behördlichen Entscheidungen vorrangig berücksichtigt.



Wir brauchen in Köln endlich einen Masterplan für die Unterbringung, Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und eine Zusammenführung des Verwaltungshandelns!

Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Geschäftsstelle:

Haus der Evangelischen Kirche
Kartäusergasse 9-11
50678 Köln

Fax: 0221 3382 237

home: www.koelner-fluechtlingsrat.de

Claus-Ulrich Pröbß

Geschäftsführer

Fon: 0221 3382 249

Mobil: 0171 7992 647

Email: proelss@koelner-fluechtlingsrat.de

Mitarbeiter/innen:

Christina Dück

Fon: 0151 54191705

Email: dueck@koelner-fluechtlingsrat.de

Jashar Erfanian

Fon: 0228 85027754

Mobil: 0151 54192903

Email: erfanian@koelner-fluechtlingsrat.de

Özlem Esen

Mobil: 0178 2078852

Email: esen@koelner-fluechtlingsrat.de

Nahid Fallahi

Fon: 0221 16860571

Mobil: 0163 4560171

Email: fallahi@koelner-fluechtlingsrat.de

Lina Hüffelmann

Fon: 0228 85027754

Mobil: 0151 19326154

Email: hueffelmann@koelner-fluechtlingsrat.de

Birte Lange

Fon: 0221 16824196

Email: lange@koelner-fluechtlingsrat.de

Barbara Strick

Fon: 0228 85027754

Email: strick@koelner-fluechtlingsrat.de

Thomas Zitzmann

Fon: 0221 16824196

Mobil: 0160 3375146

Email: zitzmann@koelner-fluechtlingsrat.de

KFR e.V. – gesetzlich vertreten durch den Vorstand:

**Wolfgang Schild, Rechtsanwalt,
Prof. Dr. Markus Ottersbach**

Der Verein ist laut Bescheinigung des Finanzamtes Köln-Altstadt vom 25.07.2014 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar.

**Spendenkonto des
Kölner Flüchtlingsrates e. V.:
Sparkasse KölnBonn
BLZ: 370 501 98
Konto-Nr.: 22 10 20 40
IBAN: DE28 370501980022102040
SWIFT-BIC: COLSDE33**

Hintergründe und aktuelle Blitzlichter aus der EU, Deutschland und Köln anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20.06.2015

1. Europäische Union

Fast 25.000 Tote im Mittelmeer – seit dem Jahr 2000. Von den weltweit fast 60 Millionen von UNHCR für das Jahr 2014 festgestellten Flüchtlingen schafften weniger als 1 (ein!) Prozent in Weg in die EU, um hier Schutz zu suchen. Die 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete EU verfolgt eine menschenverachtende, auf Abschottung setzende und mörderische Flüchtlingspolitik. Grundlegende menschenrechtliche Regeln werden ignoriert.

Die EU-Flüchtlingspolitik ist vollends gescheitert, von der ursprünglich als Zielsetzung genannten *Harmonisierung des Asylrechts* ist nichts übrig. Die EU-Staaten haben – trotz entsprechender Richtlinien - völlig unterschiedliche Aufnahmebedingungen, Asylverfahren und Entscheidungskriterien.

Humanitäre Krisen gibt es vor allem in Griechenland und Italien:

- In Griechenland existiert weiterhin überhaupt kein Aufnahme- oder Schutzsystem. Tausende von Flüchtlinge, darunter viele Familien mit Kindern, campieren auf der Straße – wenn sie nicht inhaftiert wurden -, ohne Zugang zum Asylverfahren, ohne medizinische Versorgung, ohne Sozialhilfe und ohne soziale Betreuung.
- Italien ist mit der Aufnahme von Flüchtlingen völlig überfordert. Weder der Zugang zum Asylverfahren noch die soziale und gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge ist gewährleistet. An der Grenze zu Frankreich werden zur Zeit Hunderte von Flüchtlingen an der Weiterreise oder am Zugang zum dortigen Asylverfahren gehindert.

Auch in mehreren anderen Staaten, wie z.B. in Frankreich, erhält nur ein Teil der Schutzsuchenden Unterkunft und Versorgung. Manchmal auch nur zeitlich befristet. In Österreich werden Asylanträge zur Zeit gar nicht mehr bearbeitet. In Bulgarien werden Flüchtlinge zum Teil gefoltert. Sie haben keinen Zugang zum Gesundheitswesen, zu Bildung oder zum Arbeitsmarkt. Ungarn – das viele Schutzsuchende inhaftiert – erwägt die Errichtung eines Zauns an der Grenze zu Serbien.

Ein Haufen Chaos, aber mit System!

Lassen wir uns nicht durch Slogans der Innenpolitiker/innen verblenden: die immer wieder beschworenen Prinzipien „*Solidarität und Verantwortung*“ sind angesichts der Not von Schutzbedürftigen einfach nur zynisch.

Zwar stellt die EU temporär mehr finanzielle Mittel und mehr Schiffe für die Seenotrettung im Mittelmeer zur Verfügung, aber die Ausrichtung der EU-Flüchtlingspolitik bleibt unverändert: Abschottung und Kriminalisierung. Mehr noch, Flüchtlingen soll auch die letzte Chance genommen werden, Schutz in Europa zu finden:

Im Ende Mai von der EU-Kommission veröffentlichten „Aktionsplan gegen Schleusung von Migranten (2015-2020)“ geht es vordergründig um den Einsatz polizeilicher, militärischer und geheimdienstlicher Mittel gegen die sog. Migrantenschleusung. Für ein militärisches Vorgehen gegen Schlepperboote hofft die EU auf ein Mandat der Vereinten Nationen. Hierzu

müsste entweder eine "Bedrohung des Weltfriedens" oder eine "Gefahr für die internationale Sicherheit" vorliegen. Grotesk! Organisierte Kriminalität? Ja, es gibt sie auch, aber hintergründig lautet das Kalkül: zerstörte Boote, keine Flüchtlinge, die sich auf den Weg machen können, also keine "Gefahr" mehr für die Sicherheit in Europa.

2. Deutschland

"Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen!" Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vom 29.12.2014 soll genau das passieren: Es soll sowohl eine Bleiberechtsregelung für (allerdings wenige) geduldete Flüchtlinge geschaffen werden, die es "verdient" haben, hier zu bleiben, als auch Regeln eingeführt werden, um Abschiebungen schneller und effizienter durchzuführen.

Insbesondere die Abschiebungs- und Zurückschiebungshaft ("Dublin-Haft") soll verschärft werden. Künftig sollen etwa Flüchtlinge inhaftiert werden können, wenn sie für ihre unerlaubte Einreise "erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser aufgewendet" haben. Das beträfe so gut wie alle Flüchtlinge, da es bekanntlich keine legalen Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge gibt und sie daher auf Fluchthelfer angewiesen sind. Auch die Haftgründe "Vernichtung von Identität oder Reisedokumenten" oder "Täuschung der Identität" würden in vielen Fällen die Inhaftierung zum Zweck der Rücküberstellung ermöglichen. Darüber hinaus werden spezielle Wiedereinreisesperren eingeführt, die die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen verhindern. Und das Ausweisungsrechts soll reformiert werden - aber völlig unausgegoren: Z.B. würden dadurch ausländische Familienangehörige schlechter gestellt als assoziationsberechtigte Ausländer/innen.

Die im vergangenen Jahr forcierte gesetzliche Selektion in "gute" und "schlechte" Flüchtlinge setzt sich unbeirrt fort:

- Die geplanten Änderungen zur Erteilung von Ermessensduldungen an Ausländer/innen, die einen Ausbildungsplatz besitzen, sehen vor, dass Angehörige der Staaten, die als "sicher" bezeichnet werden, davon ausgenommen werden. Übrigens auch unabhängig von ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer, unabhängig davon, dass sie ggf. hier aufgewachsen sind und sehr gut deutsch sprechen. Marginalisiert werden sollen also Personen aus Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Ghana und Senegal.
- In Bayern erhalten bereits Staatsangehörige aus "sicheren Herkunftsländern" sowie aus Albanien grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnis. Dies gilt auch für Personen aus diesen Ländern, die bereits einer legalen Erwerbstätigkeit nachgehen.
- In den Bundesländern existieren heute schon Sonderlager für Asylsuchende aus "sicheren Herkunftsländern" und dem Kosovo. Sie werden nicht in die Kommunen zugewiesen, sondern verbleiben dort - bis zur Abschiebung.

Währenddessen kollabiert das Asylsystem in Deutschland. Flüchtlinge müssen etliche Monate darauf warten, hier überhaupt einen Asylantrag

stellen zu können. Die Bundesregierung muss den Bundesländern und Kommunen mehr Geld als bisher zur Verfügung stellen, um ihre Verpflichtungen im Bereich der Unterbringung und Versorgung zu erfüllen.

Die Frage der Umsetzung der Aufnahme richtlinie-EU in nationales Recht: Diese Frage ist noch nicht einmal annähernd beantwortet. Auf der Strecken bleiben die besonders schutzbedürftigen Personen.

3. Köln

Weiterhin herrschen in Köln Plan- und Konzeptlosigkeit bei der Unterbringung. Die Mitarbeiter/innen des Sozialen Dienstes im Amt für Wohnungswesen - zuständig für die Betreuung der Unterbringungseinrichtungen - sind äußerst engagiert, aber aufgrund der Rahmenbedingungen auch überfordert. Jeder neue Tag ist ein neuer Krisentag, den es irgendwie zu bewältigen gilt. Viele werden krank.

Die im März vom Stadtrat geforderte "Entwicklung von Mindeststandards" lässt auf sich warten. Bis heute ist die dafür gebildete Arbeitsgruppe des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen nicht einmal zusammengekommen. Und jetzt beginnt die Sommerpause. Wir brauchen in Köln - man kann es wohl nicht oft genug sagen - einen Masterplan für Unterbringung, Betreuung und Beratung von Flüchtlingen.

Und wir brauchen endlich die Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns: Doppelstrukturen, die es massenhaft gibt, müssen endlich abgebaut, Konkurrenz und Parteibuchgerangel unter Dezernaten und Dienststellen beseitigt werden.

20.06.2015

Claus-Ulrich Pröhl